

Titel der Drucksache:

Erreichbarkeit, Kommunikation und
Beschwerdemanagement in der
Ausländerbehörde

Drucksache

0712/24

Stadtrat

Entscheidungsvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt	18.04.2024	öffentlich	Vorberatung
Stadtrat	15.05.2024	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag

01

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert unverzüglich darzulegen, wie die Erreichbarkeit im Rahmen des Umzugs der Ausländerbehörde gegeben ist und dringliche Fälle bearbeitet werden, bzw. inwieweit die Kommunikation zum Umzug bei der Zielgruppe und allen relevanten Stakeholder gegeben ist.

02

Die Stadtverwaltung wird beauftragt unverzüglich darzustellen, inwieweit die Kommunikation verbessert werden und ein effektives Beschwerdemanagement implementiert werden kann.

17.04.2024, gez. 

Datum, Unterschrift Fraktion SPD

17.04.2024, gez. 

Datum, Unterschrift Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Nachhaltigkeitscontrolling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage	Demografisches Controlling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage			
Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja →	Nutzen/Einsparung <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Sachverhalt			
↓	Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)			
Deckung im Haushalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	Gesamtkosten EUR			
↓				
	2024	2025	2026	2027
Verwaltungshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Verwaltungshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
<input type="checkbox"/> Deckung siehe Entscheidungsvorschlag				

Fristwahrung

Ja Nein

Anlagenverzeichnis

Sachverhalt

Die Erfurter Ausländerbehörde (ABH) steht aufgrund mehrerer Vorfälle im Fokus der Öffentlichkeit. Mit dem Umzug in die Schillerstraße drohen bereits neue Versäumnisse, die die Arbeitsfähigkeit der Behörde gefährden und die Lebenssituation vieler Menschen verschlechtern könnten. Es sind bereits Fälle bekannt, denen eine ganze Woche vor dem Umzug und dem offiziellen Schließtermin der ABH mitgeteilt wurde, dass ihr Fall nicht mehr bearbeitet werden kann, mit Verweis auf den bevorstehenden Umzug. Die Klienten werden auf Ende April verwiesen, der Titel läuft aber Anfang April aus. Leider ist es dem Dezernenten nicht gelungen, im Voraus die Voraussetzungen zu schaffen, um alle Klienten zu ermitteln, die auf jeden Fall von der Schließzeit April/Mai betroffen sind, um diese prioritär zu bearbeiten und Titel zu verlängern oder diese rechtzeitig per Post zu verschicken. Ferner stellt sich die Frage, warum Verwaltungseinheiten, wie zum Beispiel das Jobcenter, nicht von der Komplettschließung informiert wurden, was zur Folge hat, dass Klienten nach wie vor in die Bürgermeister-Wagner-Straße geschickt werden. Es könnten wieder gut integrierte Menschen betroffen sein, die bei auslaufenden Titeln arbeitsrechtliche oder sozialrechtliche Konsequenzen zu befürchten haben. Vor allem, da Teile der Verwaltung anscheinend nicht umfassend informiert sind – siehe Jobcenter. Daher ist eine Notbesetzung der Ausländerbehörde unabdingbar und sollte vom Dezernat veranlasst werden.